

Papenfuss, Ulf; Thomas, Tobias

Working Paper

Eine Lanze für den Sachverständigenrat? Plädoyer für eine differenziertere Analyse wissenschaftlicher Beratungsinstitutionen

Diskussionspapier, No. 51

Provided in Cooperation with:

Fächergruppe Volkswirtschaftslehre, Helmut-Schmidt-Universität (HSU)

Suggested Citation: Papenfuss, Ulf; Thomas, Tobias (2006) : Eine Lanze für den Sachverständigenrat? Plädoyer für eine differenziertere Analyse wissenschaftlicher Beratungsinstitutionen, Diskussionspapier, No. 51, Helmut-Schmidt-Universität - Universität der Bundeswehr Hamburg, Fächergruppe Volkswirtschaftslehre, Hamburg, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:705-opus-16868>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/23638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Helmut-Schmidt-Universität
Universität der Bundeswehr Hamburg
University of the Federal Armed Forces Hamburg

Fächergruppe Volkswirtschaftslehre
Department of Economics

Diskussionspapier Nr.
Oktober 2006

51

Eine Lanze für den Sachverständigenrat?

Plädoyer für eine differenziertere Analyse
wissenschaftlicher Beratungsinstitutionen

Ulf Papenfuss und Tobias Thomas

Eine Lanze für den Sachverständigenrat?

Plädoyer für eine differenziertere Analyse wirtschaftswissenschaftlicher
Beratungsinstitutionen

von

ULF PAPENFUSS UND TOBIAS THOMAS

Abstract: In economic literature comparisons between the American and German Council of Economic Advisors lead to the result that the American Council works quite well, whereas the German Council is broadly criticised. Taking a closer look these conclusions are disputable. Therefore, in this contribution we analyse both institutions with respect to different functions of scientific advice such as: (1) operative advice, (2) conception, (3) information of the public, (4) legitimation, and (5) filter. Our approach shows that the simultaneous treatment of all functions by one institution is impossible. Finally, the institutionalization of the German Council is quite appropriate with respect to some functions of scientific advice.

Ulf Papenfuß

Institut für Finanzwissenschaft

Helmut-Schmidt-Universität

Holstenhofweg 85

22043 Hamburg

Email: ulfpapenfuss@gmx.de

T: +49 40 6541 – 3409

F: +49 40 6541 – 2043

Tobias Thomas

Institut für Finanzwissenschaft

Helmut-Schmidt-Universität

Holstenhofweg 85

22043 Hamburg

Email: tobias.thomas@hsu-hh.de

T: +49 40 6541 – 3409

F: +49 40 6541 – 2043

Eine Lanze für den Sachverständigenrat?

Plädoyer für eine differenziertere Analyse wirtschaftswissenschaftlicher
Beratungsinstitutionen¹

1. Einleitung

Im heutigen Politikalltag findet sich kaum ein politisches Problem, welches im Zuge des Entscheidungsprozesses nicht zum Gegenstand wissenschaftlicher Beratungsverfahren wird. Für die Volkswirtschaftslehre stellt ihre Fähigkeit zur Politikberatung gar den Kern ihrer Existenzberechtigung als Realwissenschaft dar (Bonus, 1982, 1; Donges, 2002, 247; Franz 2000, 68; Frey, 2000, 26). So verwundert es nicht, dass wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung breit in der Fachliteratur diskutiert wird.² Neben dem Beratungsprozess als solchem, stehen der Council of Economic Advisors (CEA) und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) als Beratungsinstitutionen aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung in den Vereinigten Staaten und Deutschland wiederholt im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen, wobei sich der SVR häufig einer zu pauschalen Kritik ausgesetzt sieht.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage auf Basis welcher Vergleichsgrundlage eine komparative Analyse im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der betrachteten Beratungskonstruktionen überhaupt möglich ist, und ob das Beratungsmodell des SVR im Vergleich zum CEA in den bisherigen Beiträgen nicht zu undifferenziert negativ eingeschätzt wurde.

Da die Leistungsfähigkeit wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatungsinstitutionen als solche nicht hinreichend operationalisierbar ist und somit nicht direkt als wissenschaftliches Evaluationskriterium herangezogen werden kann, ist es notwendig, Proxikriterien zu entwickeln, die eine differenzierte Analyse der Leistungsfähigkeit ermöglichen.

Im vorliegenden Beitrag werden daher zunächst die Beratungsinstitutionen CEA und SVR kurz skizziert und ein Überblick über die bestehende Literatur geliefert. Sodann werden fünf relevante Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung aus der Fachliteratur als Proxikriterien extrahiert und Erfolgsfaktoren für eine effektive Erfüllung dieser Funktio-

¹ Die Verfasser danken Gunther Engelhardt, Jörn Kruse, Hans Pitlik und Klaus W. Zimmermann für hilfreiche Kommentare und konstruktive Kritik.

² Verwiesen sei hier exemplarisch nur auf Apolte/Wilke (1998); Bonus (1981); Cassel (2004); Coats (1999); Jens/Romahn (2005) Krupp (2004); Leschke/Pies (2005); Franz (2000); Frey (2000); Hamilton (1992); Nelson (1987); Niskanen (1986) und Pitlik (2001).

nen benannt. In einem nächsten Schritt wird dieses allgemeine Analyseraster auf die Beratungsmodelle CEA und SVR angewendet, um auf der Basis dieser differenzierteren Analyse eine Bewertung der beiden Beratungsmodelle vorzunehmen.

Ohne Zweifel ist die Leistungsfähigkeit jedes institutionalisierten Beratungsorgans ganz erheblich durch seine Mitglieder bedingt. Ziel dieses Beitrags ist es jedoch gerade nicht die faktische Beratungstätigkeit der Gremien oder gar einzelner Mitglieder zu bewerten, sondern die potenzielle Leistungsfähigkeit unterschiedlicher institutioneller Arrangements zu analysieren.

2. Harmonischer Gleichklang und berechtigte Zweifel

Mit dem SVR ist am 14.08.1963 in Deutschland ein regierungsexternes Gremium geschaffen worden, dessen nebenamtliche Mitglieder nach dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVRG) sowohl Öffentlichkeit als auch politische Entscheidungsträger beraten sollen (§ 1 Abs. 1 SVRG), ohne dabei jedoch konkrete politische Maßnahmen empfehlen zu dürfen (§ 2 SVRG).

Demgegenüber existiert in den Vereinigten Staaten seit dem 12.09.1946 mit dem CEA ein internes, hauptamtliches Regierungsorgan, dessen Mitglieder vom Präsidenten ernannt werden und diesen sowohl in tagespolitischen Fragen, als auch bei der Konzeption einer langfristig angelegten Wirtschaftspolitik mit direkten Empfehlungen unterstützen. Hierbei wird der wirtschaftspolitische Sachverstand des CEA mit den Erwartungen der Regierung in Einklang gebracht (Krupp, 1989, 421). Der Employment Act, gesetzliche Grundlage des CEA, sieht die Öffentlichkeit nicht als Adressat der Beratung des Council. (Feldstein, 1992, 1225; Nelson 1987, 66).

In der Fachliteratur betrachten u.a. Giersch (1995), Helmstädter (1988) und Rürup/Bizer (2002) den SVR, während bspw. Porter (1997), Solow (1997) und Stiglitz (1997) den CEA untersuchen.³ Einen Vergleich zwischen beiden Beratungsinstitutionen bieten Engelhardt (1980), Wallich (1968 und 1976) sowie Wiegard (2005) in einen jüngeren Kurzbeitrag des selten in der Fachliteratur umfassend angestellten Institutionenvergleichs. Beide Beratungsgremien stellen unstrittig zwei recht unterschiedliche Institutionalierungsvarianten wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung dar.

Die Durchsicht der Fachliteratur zeigt, dass die Auffassungen bezüglich des Erfolgs der beiden Beratungsinstitutionen einer starken Polarisierung unterliegen. So wird die Beratungstä-

³ Darüber hinaus steht der SVR auch im Zentrum der Betrachtungen von Albach (1989); Bauer (1967); Engelhardt (1973); Holzheu (1974); Krelle (1984); Nützennadel (2002); Ott (1988); Schlecht/van Suntum (1995); Sievert (1988); Wallich (1984) und Westerheide (1994). Den CEA untersuchen weiterhin Adkisson/Blum (1996); Borner (1977); Feldstein (1997); Feldstein (1989), Hargrove/Morley (1984); Keyserling (1978); McCaleb (1986); Schultze (1996) sowie Weidenbaum (1996).

tigkeit des SVR seit Jahren von unterschiedlicher Seite stark kritisiert (u.a. Hickel/Mattfeldt, 1983; Krupp, 1989; Müller/Tietzel, 2004; Neumark, 1973; Sievert, 1988; Schneider, 1984; Welfens, 2005) ebenso wie die Auswertung der Tagespresse nach der Veröffentlichung des Jahresgutachtens 2005 die vielfach kritische Wahrnehmung des Gremiums in der Öffentlichkeit offensichtlich werden lässt.⁴ Dagegen wird die Beratungstätigkeit des CEA in Wissenschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen als äußerst positiv beurteilt (Borner, 1977; McCaleb, 1986; Schultze 1996; Solow, 1997; Stiglitz, 1997, 109; Stein, 1996) Diese Einschätzungen wurden auch durch die Ergebnisse einer Expertenbefragung unter ehemaligen Councilmitgliedern der letzten Jahre bestätigt.⁵ So äußerte sich Alan Blinder, Mitglied des CEA von 1993 bis 1994: „It is widely perceived as a successful agency“ und Kristin J. Forbes, Mitglied des CEA von 2003 bis 2005, ergänzt dieses positive Bild: „The U.S. CEA works extremely well“.

In diesem Kontext regen aufgrund der in der Öffentlichkeit so wahrgenommenen Überlegenheit des CEA verschiedene Ökonomen – darunter auch ehemalige Ratsmitglieder – eine Übertragung des Councilmodells auf Deutschland an (Klages, 1998, 23; Krupp, 1999, 142; Wagner/Wiegard, 2001, 786; Wintermann, 2004, 61; Wiegard, 2005, 1).⁶ Doch wecken der allzu harmonische Gleichklang vieler Beiträge sowie die oftmals zu pauschalen Aussagen über die Leistungsfähigkeit der sehr unterschiedlichen Beratungsmodelle beim kritischen Leser auch Zweifel. Weiterhin fällt auf, dass die aus Bezügen zum CEA abgeleitete Kritik am SVR häufig auf einer wenig systematisch anmutenden Analyse fußt, und zudem beim Vergleich von CEA und SVR die unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen unzureichend beachtet werden.

3. Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung

Um Beratungsinstitutionen im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit international vergleichen zu können, benötigt man ein einheitliches Analyseraster. Hierzu werden im vorliegenden Beitrag erstmals Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung als Proxikriterien ge-

⁴ „Glatter Ausfall“ kommentierte das Handelsblatt. „Bei dieser Quadratur des Kreises wäre guter Rat willkommen, gerade auch vom Sachverständigenrat. Doch der Ökonomenzirkel erweist sich mit seinem diesjährigen Gutachten als glatter Ausfall.“ Eine „diffuse Botschaft“ bilanziert die Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Was für eine Gelegenheit für den Sachverständigenrat, Einfluss zu nehmen auf die Politik, in einer Woche, in der schwierigste Kursbestimmungen anstehen! Und Welch vertane Chance!“ „Sie gehen aber wohl zu wenig auf Fragen der Verteilung und der Gerechtigkeit ein, die den politischen Entscheidungsprozess nun einmal dominieren.“ schreibt die Neue Zürcher Zeitung. Die Kommentare sind sämtlich von den damals noch laufenden Koalitionsverhandlungen geprägt. Vgl. Handelsblatt vom 10.11.2005, S.9; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.11.2005, S.1; Neue Zürcher Zeitung vom 10.11.2005, S.25.

⁵ Für die Expertenbefragung wurde ein Kurzfragebogen entwickelt und an in den letzten Jahren ausgeschiedene Councilmitgliedern versandt.

⁶ Auch in der Politik wird von Zeit zu Zeit ein Councilmodell für Deutschland diskutiert (Lambsdorff, 2003, 81).

nutzt, um die Leistungsfähigkeit von Beratungsinstitutionen zu operationalisieren. Nennt die internationale Fachliteratur auf den ersten Blick eine Fülle unterschiedlicher Beratungsfunktionen, so offenbart ein zweiter Blick, dass sich diese Vielfalt in erster Linie aufgrund einer uneinheitlich verwendeten Terminologie ergibt, obgleich bezüglich der Kernfunktionen von wissenschaftlicher Beratung inhaltlich auch international weitgehender Konsens besteht.⁷ Diese Kernfunktionen erlauben somit auch im internationalen Kontext eine komparative Analyse der Leistungsfähigkeit von Beratungsinstitutionen.⁸

Die inhaltlichen Grenzen zwischen den einzelnen Funktionen erweisen sich in der Praxis unbestritten als fließend – für die hier angestellte analytische Betrachtung ist es jedoch notwendig, die einzelnen Kernfunktionen anhand ihrer konstitutiven Merkmale möglichst präzise zu separieren.

3.1 Operative Beratungsfunktion

Die operative Beratungsfunktion umfasst die Beratung von politischen Entscheidungsträgern bei der Planung und Umsetzung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Primäre Adressaten dieser Funktion sind Politiker und Ministerien (Theurl, 2004, 15). Die Beratungsempfänger erwarten gemäß dieser Funktion konkrete Vorschläge, mit welchen Instrumenten sie ein politisch definiertes Ziel erreichen können (Kirchgässner, 1988, 46). Politikberatung liefert hier demzufolge eine erklärende Orientierungs- und Entscheidungshilfe (Peacock, 1986, 640) und präsentiert eine Auswahl von ökonomisch adäquaten Maßnahmen, die zur Zielerreichung eingesetzt werden könnten. Diese Beratungsfunktion wird in der Literatur auch als instrumentelle Funktion bezeichnet, da der Berater wissenschaftlich fundierte Kenntnisse über das wirtschaftspolitische Instrumentarium in den politischen Entscheidungsprozess einbringt. Um die operative Beratungsfunktion zu erfüllen, muss die Beratung zwingend auch tagespolitisch orientiert sein und entsprechend flexible Unterstützungsleistungen anbieten können. Dabei sollte sie gerade auch Empfehlungen zur konkreten Umsetzung liefern und sich dementsprechend am politisch Realisierbaren orientieren, ohne rationale ökonomische Grundsätze außer Acht zu lassen. Entscheidende weitere Erfolgsfaktoren sind die Berücksichtigung der spezifi-

⁷ Ein Überblick über die fünf Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung sowie die in der Literatur verwendeten Begriffe findet sich in Abbildung 1.

⁸ Über die hier vorgestellten Kernfunktionen wissenschaftlicher Politikberatung hinaus wird insbesondere in der älteren Literatur teilweise auch eine Koordinations- und Clearingfunktion diskutiert. Diese Funktion zielt auf eine Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, deren Ansprüche durch eine unabhängige Clearingstelle mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten in Einklang gebracht werden sollen. Die erste Möglichkeit besteht hierbei darin, gesellschaftliche Gruppen in einem Gremium zusammenzubringen, in einer zweiten Variante ist die Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände aus einer unabhängigen Position denkbar, um einen gesellschaftlichen Grundkonsens aufzuzeigen. Diese Bemühungen sind aber sämtlich nicht von Erfolg gewesen, weshalb diese Funktion hier nicht auf Sachverständigenrat und Council angewandt werden. Zu dieser Funktion vgl. u.a. Engelhardt (1980, 35f); Giersch (1995, 25); Schneider (1989, 18); Wünsche (1995, 107).

schen Zielvorstellung der Adressaten (Franz, 2000, 66; Gäfgen, 1987, 2; Mause/Heine, 2003, 399), ebenso wie die direkte Einbindung in die Entscheidungsprozesse. Schließlich erweist sich ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis als förderlich. Daher sollte eine zu starke Kritik am Adressaten in der Öffentlichkeit vermieden werden.

Diese Kriterien verdeutlichen, dass die operative Beratungsfunktion eher von einem internen Beratungsgremium erfüllt werden kann.

3.2 Konzeptionsfunktion

Im Gegensatz zu der operativen Beratungsfunktion zielt die Konzeptionsfunktion⁹ auf die Entwicklung eines langfristigen wirtschaftspolitischen Handlungsrahmens. Adressaten dieser Beratungsfunktion sind im Schwerpunkt politische Entscheidungsträger sowie teilweise auch Ministerialbeamte und die Öffentlichkeit. Die Beratung soll im Sinne dieser Funktion einen Gesamtentwurf von Maßnahmen entwickeln und dabei Wirkungszusammenhänge sowie längerfristige Folgewirkungen von Einzelmaßnahmen aufzeigen. Aufgabe der Beratungsträger ist es ferner, grundsätzliche Veränderungen der wirtschaftlichen Situation zu analysieren und diesbezügliche Schlussfolgerungen zur zukünftigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zu formulieren (Weber, 2003, 25f). Eine solche Wirtschaftspolitik aus einem Guss sollte neben der Ableitung von theoretischen Zusammenhängen im Sinne ökonomischer Grundlagenforschung grundsätzliche Leitlinien zur Orientierung der politisch Verantwortlichen erarbeiten (Gutowski, 1983, 19). Beratungsmaxime ist ferner, die existierenden Mängel im Ordnungsrahmen aufzuzeigen und über die Formulierung von Zielen die Herausforderungen der Zukunft wie z.B. Bevölkerungsentwicklung oder Europäische Integration mit einzubeziehen (Schneider, 1995, 101).

Die Konzeptionsfunktion kann bei entsprechender Ausrichtung besonders zielführend in institutioneller Distanz zur Politik wahrgenommen werden, zumal ein tagespolitischer Bezug tendenziell der Entwicklung einer langfristigen Ausrichtung zuwiderläuft (Donges, 2002, 47).

Daneben erweist sich ein hoher Grad an Unabhängigkeit als Vorteil, da sich ein Gesamtentwurf stärker an der langfristigen Entwicklung der Wohlfahrt orientieren sollte als an den eher kurzfristig orientierten Zielsetzungen des politischen Alltags. Auch sollten die Aussagen über die Jahre nicht im Widerspruch zueinander stehen, was eine gewisse Kontinuität voraussetzt.

⁹ Die Konzeptionsfunktion weist eine inhaltliche Nähe zu in der Literatur verwendeten Bezeichnung der Strategiefunktion auf.

3.3 Aufklärungsfunktion

Die Aufklärungsfunktion dient der umfassenden Information der Bürger über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und die Wirkung von einzelnen politischen Maßnahmen. Diese Beratungsfunktion ist damit im Rahmen eines „Übersetzungsprozesses zwischen Wissenschaft und Politik“ (Habermas, 1964, 69) auf die öffentliche Meinung bezogen, womit sich die Öffentlichkeit als eindeutiger Adressat erweist, auch wenn sie kein direkter Auftraggeber ist (Kirchgässner, 1996, 10).¹⁰

In der Literatur finden sich für diese Beratungsaufgabe auch die Bezeichnungen Informationsfunktion, Monitorfunktion sowie die Kritikfunktion (Krevert, 1993, 114). In diesem Sinne fungiert Beratung quasi als „Wächter über Effizienz und Rationalität“ und übernimmt vielfach die „Rolle eines unbequemen öffentlichen Mahners“ (Gäfigen 1987, 4).

Im Idealfall benennen die Wissenschaftler als Anwalt der Öffentlichkeit dabei auch die gesellschaftlichen Verlierer bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen und fördern so eine breite Informationsbasis als Grundlage der politischen Meinungsbildung (Baisch et al., 1977, 208; Strayer, 1950, 146; Theurl, 2004, 15f.). Wirtschaftswissenschaftliche Beratung kann zudem als unabhängiger Beobachter die Gesellschaft über Reformnotwendigkeiten aufklären, wodurch ein gesellschaftliches Bewusstsein für z.B. sozialpolitische Erneuerung geschaffen wird. Darüber hinaus wird durch eine weitgehende Informiertheit der Öffentlichkeit der Raum, in dem sich Partikularinteressen durchsetzen können, kleiner, so dass die Problematik des rent-seeking zumindest gemildert werden kann.

Um diese Beratungsfunktion möglichst gut erfüllen zu können, sollte das Beratungsorgan durch eine externe Institutionalisierung in größtmöglicher Unabhängigkeit operieren und nur über ein geringes institutionelles Eigeninteresse verfügen, da nur so eine gleichgewichtige Vermittlung von Informationen als gewährleistet angesehen werden kann und die Gefahr der Einseitigkeit minimiert wird (Gutowski, 1983, 20). Ebenso sind Ansehen bzw. Glaubwürdigkeit sowie die Möglichkeit zur öffentlichen Kritik am Adressaten entscheidende Faktoren, um im Sinne dieser Funktion beraten zu können. Daneben müssen die Beratungsaussagen für ein breites Spektrum von Personen verfügbar und vor allem auch verständlich sein (Pitlik, 2001, 69f)

¹⁰ Grundsätzlich müsste demzufolge zunächst definiert werden, was bzw. wer überhaupt unter „der Öffentlichkeit“ verstanden werden soll. So wird in der politischen Kommunikation oftmals zwischen verschiedenen Teilöffentlichkeiten differenziert. Für die Zielstellung des vorliegenden Beitrags ist diese Differenzierung hingegen nicht erforderlich.

3.4 Die Legitimationsfunktion

Die Legitimationsfunktion hat zum Ziel, eine bereits getroffene politische Entscheidung durch wissenschaftlichen Sachverstand zu bestätigen und somit zu legitimieren. Wird eine Beratungsinstitution gezielt mit der Legitimation „beauftragt“, so kann man in diesem Zusammenhang auch von Auftragslegitimation sprechen.¹¹ Der Adressatenkreis einer solchen Auftragslegitimation ist weit gefasst und abhängig von der jeweiligen Situation des Auftraggebers. So kann z.B. ein Regierungsmitglied über eine Beratungsleistung versuchen, eine Entscheidung sowohl gegenüber der Öffentlichkeit, innerhalb des Kabinetts, aber auch gegenüber der eigenen Partei zu rechtfertigen.¹²

Wichtig ist es zu betonen, dass wissenschaftliche Expertise hier nicht im Vorfeld einer Entscheidung eingeholt wird, sondern vom Entscheidungsträger lediglich zur nachträglichen Bestätigung einer intern bereits getroffenen Entscheidung instrumentalisiert wird. Somit hat der Berater keinerlei inhaltlichen Einfluss auf die Entscheidung.¹³

Genauso kann Beratung im Sinne der Legitimationsfunktion der Abschiebung von Verantwortung dienen, da sich Politiker bei unliebsamen bzw. erfolglosen Maßnahmen im Nachhinein auf die Wissenschaft berufen können (Cassel, 2004b, 117; Schneider, 1987, 17). Letzteres bezeichnet bereits Bonus (1981, 289f) als eine in der Praxis äußerst bedeutsame Funktion von Politikberatung.¹⁴ In diesem Zusammenhang wird in der politischen Praxis Politikberatung ferner als ein „Mittel symbolischer Politik“ bzw. auch zur Verzögerung politischer Maßnahmen eingesetzt (Mause/Heine, 2003, 399).

In der Literatur werden die Begriffe Ideologiefunktion bzw. Alibifunktion (Kirchgässner, 1988, 46), ebenso wie Promotions- bzw. Propagandafunktion (Borner, 1977, 75ff) synonym zum Begriff der Legitimationsfunktion verwendet. In der amerikanischen Literatur findet sich vielfach die Bezeichnung der „advocacy function“ (Heller, 1969, 33f).

Für die intendierte Wirkung der Legitimationsfunktion ist es notwendig, dass die Legitimation von Außenstehenden nicht als solche direkt erkannt werden kann, da sie ansonsten aufgrund mangelnder Glaubwürdigkeit an Überzeugungskraft verliert. Demzufolge sollte Beratung zur

¹¹ In diesem Beitrag werden die in der Literatur etablierten Beratungsfunktionen aufgeführt, bewusst ohne sie einer normativen Beurteilung zu unterziehen.

¹² In der politischen Praxis erfahren Entscheidungen selbstverständlich nicht nur Bestätigung durch beauftragte Legitimation: So bieten sowohl eine pluralistische Beratungslandschaft z.B. durch Forschungsinstitute, als auch umfangreiche Gutachten Politikern die Möglichkeit, politische Maßnahmen im Zuge eines Legitimations-eklektizismus ex-post zu legitimieren.

¹³ Dass Politikberatung im Sinne der Legitimationsfunktion nur der Legitimation dient und keinerlei Einfluss auf die politische Entscheidung an sich besitzt, dient der trennscharfen Abgrenzung der Funktionen im Rahmen des vorliegenden Beitrags.

¹⁴ Eekhoff (2004, 127) formuliert hierzu polemisch: „Politiker benutzen Ökonomen wie Betrunkene Laternen – sie suchen nicht Licht, sondern Halt.“

Legitimation im Idealfall in einem zumindest scheinbaren Unabhängigkeitsverhältnis stehen, weshalb in der Tendenz externe Beratung größere Erfolgsaussichten besitzen dürfte. Allerdings muss auch ein gezielter Auftrag zur Legitimation erteilt werden können, weshalb die Erfüllung der Legitimationsfunktion durch ein internes Gremium auch Vorteile besitzen kann.

3.5 Die Filterfunktion

Gemäß der Filterfunktion ist es Aufgabe der Beratung, aus der Fülle möglicher politischer Entscheidungen diejenigen bereits frühzeitig im Entstehungsprozess herauszufiltern, die kontraproduktiv im Hinblick auf die statische und dynamische Effizienz sind. Interaktionspartner sind alle am politischen Entscheidungsprozess beteiligten Personen und Instanzen.

Ziel dieser Beratungsfunktion ist es nicht, eigenständig Maßnahmen zu entwickeln bzw. zu versuchen, die Umsetzung mit zu gestalten, sondern durch eine wissenschaftlich fundierte Argumentation den politischen Bargaining-Prozess kritisch zu begleiten und so im Idealfall einen eventuellen volkswirtschaftlichen Schaden zu begrenzen (Schultze, 1996, 31; Wiegard, 2005, 5).

Damit kommt dieser Funktion eine erhebliche Bedeutung zu, auch wenn sie insbesondere in der deutschsprachigen Literatur oft vernachlässigt wird. Durch wissenschaftliche Beratung können so auch die Kapazitäten der Ministerialverwaltung ergänzt werden, der zwar vielfach ein großes Detailwissen bescheinigt wird, der aber gerade aufgrund ihrer internen Institutionalisierung oftmals die nötige Distanz zur Politik sowie der unvoreingenommene Überblick über mögliche politische Maßnahmen fehlt (Holzheu, 1989, 232).

Zur Erfüllung der Filterfunktion ist es erforderlich, dass Beratungskapazitäten bereits im laufenden Planungsprozess involviert sind, was in der Regel nur mit einer internen Institutionalisierung gegeben ist. Auch sollte Beratung möglichst permanent präsent sein, um jederzeit auf den politischen Entscheidungsprozess Einfluss nehmen zu können. Um der Filterfunktion gerecht werden zu können, ist es weiterhin von großer Bedeutung, dass das Beratungsgremium frei von speziellen Interessen wie beispielsweise Ressortinteressen agieren kann. Schließlich sollte das Beratungsorgan über hinreichend Reputation bei den am Entscheidungsprozess Beteiligten verfügen, da es seinen wissenschaftlichen Einfluss nur so gegen die spezifischen Interessen anderer Akteure wird geltend machen können.

Operative Beratungsfunktion	Konzeptionsfunktion	Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit	Legitimationsfunktion	Filterfunktion
<ul style="list-style-type: none"> - operative Beratung (Theurl 2004) - erklärende Funktion des Beraters (Peacock 1986) - pragmatische Beratung (Gäfigen 1987) - instrumentelle Gutachten (Kirchgässner 1988) - technische Beratung (Bonus 1981) 	<ul style="list-style-type: none"> - Strategieberatung (Theurl 2004) - Beratung als Entwicklung und Umsetzung systemarer Konzepte (Gäfigen 1987) - Entwurf von Zukunftsbildern (Weber 2003) - Analyse der Wirkungen von Strategien (Gutowski 1983) - Mängel im Ordnungsrahmen aufzeigen (Schneider 1995) 	<ul style="list-style-type: none"> - Berater als Monitor (Theurl 2004) - Übersetzungsprozess zw. Wissenschaft und Politik (Habermas 1964) - Kritikfunktion (Krevert 1993) - Wächter über Effizienz und Rationalität (Gäfigen 1987) - advocacy function (Heller 1968) - Propagandafunktion (Borner 1975) - wirtschaftswissenschaftliche Öffentlichkeitsberatung (Pitlik 2001) - Funktion zur Orientierungs- und Entscheidungshilfe (Mause/Heine 2003) - unparteiischer Vertreter des Allgemeinwohls (Frey 2002) 	<ul style="list-style-type: none"> - Berater als Legitimierer (Theurl 2004) - Beratung als ideologisches Engagement (Gäfigen 1987) - ideologisches Gutachten Alibi-Gutachten (Kirchgässner 1988) - Alibifunktion Mittel symbolischer Politik (Mause/Heine 2003) - durch illustre Namen verbürgte Wissenschaftlichkeit ideologischer Argumente als Abschreckungswaffe (Bonus 1981) 	<ul style="list-style-type: none"> - Filtering Function help to weed out the really atricious ideas (Schultze 1996) - an economic damage-limitation mechanism (Weidenbaum 1988)

Abb. 1: Begriffliche Ordnung: Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung

3.6 Zur Kompatibilität unterschiedlicher Beratungsfunktionen

Spielen alle fünf vorgestellten Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung in der politischen Praxis eine wichtige Rolle, so stellt sich die Frage, welche dieser Beratungsfunktionen miteinander vereinbar sind und demzufolge gleichzeitig von einer Beratungsinstitution erbracht werden können bzw. sich widersprechende Erfolgsfaktoren eine parallele Wahrnehmung von bestimmten Funktionen nicht sinnvoll erscheinen lassen. Hierzu werden zunächst in Abbildung 2 die Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung zusammenfassend dargestellt und entscheidende Erfolgsfaktoren genannt, bevor die unterschiedlichen Beratungsfunktionen im Hinblick auf ihre Kompatibilität zueinander geprüft werden.

Funktionen	Erfolgsfaktoren
Operative Beratungsfunktion	<ul style="list-style-type: none"> - Kontinuierliche Einbindung in Entscheidungsprozesse - Berücksichtigung der spezifischen Zielvorstellungen der Adressaten - Hohe Flexibilität und tagespolitischer Bezug - Interne Institutionalisierung
Konzeptionsfunktion	<ul style="list-style-type: none"> - Distanz zur Tagespolitik - Hoher Grad an Unabhängigkeit - Kontinuität
Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Größtmögliche Unabhängigkeit / Reputation - Glaubwürdigkeit - Externe Institutionalisierung - Allgemeinverständliche Beratungsaussagen - Hohe Breitenwirkung
Legitimationsfunktion	<ul style="list-style-type: none"> - Externe Institutionalisierung - Unabhängigkeit - Möglichkeit zum gezielten Legitimationsauftrag
Filterfunktion	<ul style="list-style-type: none"> - Frühzeitige Beteiligung an Entscheidungsprozessen - Interne Institutionalisierung - Hauptamtlichkeit - Reputation / Akzeptanz

Abb. 2: Funktionen von Politikberatung und ihre Erfolgsfaktoren

(1) Die operative Beratung ist nur ansatzweise mit der Konzeptionsfunktion kompatibel, da sich die Berücksichtigung der kurzfristig orientierten Zielvorstellung der Beratungsadressaten sowie die Einbindung in die täglichen Entscheidungsprozesse als Erfolgsfaktoren der operativen Beratung und die größere Distanz zur Tagespolitik und höhere Unabhängigkeit als Erfolgsparameter der Konzeptionsfunktion widersprechen.¹⁵ Jedoch machen der identische Beratungsadressat als auch die inhaltliche Nähe der Beratungsleistung eine parallele Wahrnehmung beider Funktionen nicht gänzlich unmöglich. (2) Die operative Beratung ist hingegen nicht mit der Aufklärungsfunktion vereinbar, da die Erfolgsfaktoren der Aufklärungsfunktion externe Institutionalisierung und größtmögliche Unabhängigkeit im eindeutigen Widerspruch zu den Voraussetzungen der operativen Beratungsfunktion stehen. (3) Die Erfolgsfaktoren der Legitimationsfunktion externe und unabhängige Institutionalisierung, sind ebenfalls nicht mit denen der operativen Beratungsfunktion in Einklang zu bringen. Allerdings bedingen die Erfolgsfaktoren der operativen Beratungsfunktion die Möglichkeit der Auftragserteilung im Sinne der Legitimationsfunktion. Eine Beratungsinstitution mit hoher Reputation und einer ihr zugewiesenen relativen Unabhängigkeit kann daher mit Einschränkungen sowohl operativ

¹⁵ Die Nummerierung innerhalb dieses Textabschnittes verweist auf die entsprechenden Felder in Abbildung 3.

beraten, als auch legitimieren. (4) Die operative Beratungsfunktion und die Filterfunktion sind an das Vorliegen ähnlicher Erfolgsfaktoren wie z.B. eine interne Institutionalisierung und die frühzeitige Einbindung in Entscheidungsprozesse geknüpft. Daher können diese Funktionen grundsätzlich von einer Institution geleistet werden, sofern der für die Filterfunktion wichtige Aspekt der besonders hohen Reputation der Berater bei Politikern und Spitzenbeamten gewährleistet ist. (5) Die Konzeptionsfunktion ist aufgrund der ähnlichen Erfolgsfaktoren wie Distanz zu politischen Entscheidungsprozessen und Unabhängigkeit sehr gut gemeinsam mit der Aufklärungsfunktion zu realisieren, wenn einzelne Elemente einer vorgeschlagenen Gesamtkonzeption herausgegriffen und für eine breite Öffentlichkeit verständlich dargelegt werden. (6) Hingegen lässt sich die Konzeptionsfunktion nur ansatzweise mit der Legitimationsfunktion vereinbaren, da die Erfolgsfaktoren Unabhängigkeit und externe Institutionalisierung zwar förderlich für eine Legitimationswirkung sind, analog aber auch gezielte Aufträge zur Legitimation einer politischen Entscheidung/Maßnahme verhindern. (7) Die Filterfunktion ist mit der Konzeptionsfunktion nicht vereinbar, da die Erfolgsfaktoren Unabhängigkeit und Distanz im Widerspruch zu einer internen Institutionalisierung sowie einer unmittelbaren Beteiligung an den Entscheidungsprozessen stehen. (8) Auch die parallele Wahrnehmung von Aufklärungsfunktion und Legitimationsfunktion ist nicht vereinbar, da größtmögliche Unabhängigkeit und die Möglichkeit für einen Auftrag zur Legitimation deutlich gegensätzliche Erfolgsfaktoren darstellen. (9) Ebenso ist eine Beratung im Sinne der Aufklärung nicht gleichzeitig mit einer Filterfunktion wahrnehmbar, da sich externe Institutionalisierung als Erfolgskriterium der Aufklärungsfunktion und interne Institutionalisierung sowie Partizipation am Entscheidungsprozess widersprechen. (10) Schließlich ist die Legitimationsfunktion mit der Filterfunktion in Ansätzen vereinbar. Zwar ist auch hier das Argument der an sich gegenläufigen Erfolgsfaktoren von externer und interner Institutionalisierung zu berücksichtigen, jedoch kann die Diskrepanz teilweise durch eine Institution mit hohem Ansehen bei dem Beratungsadressaten kompensiert werden.

Es ist offensichtlich, dass die Funktionen sehr unterschiedlich restriktiv wirkende Erfolgsbedingungen aufweisen. Bestimmte Funktionen können durchaus parallel von ein und derselben Beratungsinstitution wahrgenommen werden – bei anderen ist dies hingegen nur unter Inkaufnahme großer Defizite in Bezug auf die Erfüllung der jeweils anderen Beratungsfunktion möglich.

In der Bilanz lassen sich einerseits mit der operativen Beratungsfunktion und der Filterfunktion sowie in Ansätzen der Legitimationsfunktion und andererseits mit der Aufklärungs- und

Konzeptionsfunktion zwei Funktionenbündel identifizieren, die grundsätzlich parallel von einer Beratungsinstitution wahrgenommen werden können.

Funktion	Operative Beratung	Konzeption	Aufklärung	Legitimation	Filter
Operative Beratung	X	ansatzweise vereinbar (Feld 1)	nicht vereinbar (Feld 2)	ansatzweise vereinbar (Feld 3)	gut vereinbar (Feld 4)
Konzeption	X	X	gut vereinbar (Feld 5)	ansatzweise vereinbar (Feld 6)	nicht vereinbar (Feld 7)
Aufklärung	X	X	X	nicht vereinbar (Feld 8)	nicht vereinbar (Feld 9)
Legitimation	X	X	X	X	ansatzweise vereinbar (Feld 10)
Filter	X	X	X	X	X

Abb. 3: Kompatibilität von Beratungsfunktionen

4. Analyse der Leistungsfähigkeit von CEA und SVR im Hinblick auf einzelne Beratungsfunktionen

4.1 Operative Beratungsfunktion

Die Nebenamtlichkeit der Sachverständigenratsmitglieder verhindert eine kurzfristige Erbringung von Beratungsleistungen mit tagespolitischem Bezug nahezu vollständig (Eichhorst/Wintermann, 2003, 166). Genauso trägt die unabhängige Stellung wesentlich dazu bei, dass politische Zielvorstellungen nicht hinreichend berücksichtigt werden (Gäfgen, 1987, 18), wobei dieses ein entscheidender Erfolgsfaktor der operativen Politikberatung ist. Diese Problematik wird im Modell des SVR dadurch verschärft, dass im SVRG mit der Öffentlichkeit und der Politik ohnehin zwei Adressaten der Beratung festgelegt sind. Eine Ausrichtung der Beratungsleistung an den spezifischen Anforderungen eines Adressaten ist somit nicht möglich. Ferner bedingt die externe Institutionalisierung eine zu große Distanz zu politischen Entscheidungsprozessen, in die eine wirtschaftswissenschaftliche Beratungsinstanz integriert sein muss, sofern sie ihre Argumente wirksam in den Entscheidungsfindungsprozess einbringen möchte. Zudem erweisen sich die vom SVR in der Öffentlichkeit teilweise vertretenen Kritikanalysen am Regierungshandeln als wenig förderlich im Hinblick auf die operative Beratung,

da hierdurch kein Vertrauensverhältnis zwischen den Beratenden und politischen Entscheidungsträgern entstehen kann (Cassel, 2005, 190). Schließlich macht das Empfehlungsverbot eine Formulierung von pragmatischen, an der politischen Umsetzbarkeit orientierten Ratschlägen zumindest nach dem Gesetz unmöglich.

Dagegen kann der CEA durch seine hauptamtlich tätigen Mitglieder kurzfristig und sehr flexibel Ratschläge mit Bezug zur Tagespolitik geben. Dabei orientiert er sich in hohem Maße an den Anforderungen des ihm eindeutig zugewiesenen Adressaten und trägt damit der für die operative Beratungsfunktion geforderten Berücksichtigung am politisch Umsetzbaren angemessen Rechnung (Bernstein, 2001, 131f.; Klages, 1998, 24). Dies bestätigte auch Rebecca Blank, ehemaliges Mitglied im CEA, im Fragebogen: „If you can't be loyal to the Administration and it's policies, you shouldn't take the job“.¹⁶ Die interne Institutionalisierung des CEA bedingt darüber hinaus die erforderliche Einbindung in politische Entscheidungsprozesse. Dieses manifestiert sich durch die gleichberechtigte Position im Kabinett und die direkten Zugangsmöglichkeiten zum Präsidenten. Letzteres ermöglichte auch den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung – einer der Erfolgsfaktoren der operativen Beratung. Der CEA trägt auch zum Erhalt dieser förderlichen Vertrauensbasis bei, indem er sich mit zu starker Kritik in der Öffentlichkeit zurückhält.

In der Gesamtbetrachtung ist das Councilmodell der Sachverständigenratskonstruktion in Hinblick auf die operative Beratungsfunktion bei weitem überlegen, da er die Anforderungskriterien signifikant besser erfüllt.

4.2 Konzeptionsfunktion

Der SVR besitzt als externes Beratungsgremium grundsätzlich die Fähigkeit, losgelöst von tagespolitischen Notwendigkeiten und dem hiermit verbundenen Zeitaufwand einen längerfristigen Gesamtentwurf von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu entwickeln (Wagner, 2004, 28; Wallich, 1976, 497; Westerheide, 1994, 32).¹⁷ Neben der für diese Funktion förderlichen Distanz erlaubt die unabhängige Stellung des SVR das Aufzeigen eines vielleicht auch politisch unvoreilhaftigen Maßnahmenkatalogs, der sich über möglichst objektive Wissenschaftskriterien begründen sollte und die politische Umsetzbarkeit nicht als Leitmaxime ansehen muss. Hierdurch besteht weniger die Gefahr, dass eigentlich wünschenswerte Maßnah-

¹⁶ Krupp (1995a, 33) verweist zudem darauf, dass die Einflussmöglichkeiten für ein vom Adressaten selbstbenanntes Gremium höher ist, weil die Regierung sich nicht ohne weiteres den Empfehlungen eines Rates entziehen kann, den sie selbst berufen hat.

¹⁷ Auch der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (2003, 16) weist dem SVR in diesem Sinne wertvolle Kompetenzen zu.

men von vornherein als Handlungsalternativen ausgeschlossen werden, was aufgrund der politischen Kalküle ansonsten häufig der Fall ist.

Allerdings beinhaltet dieser Vorteil auch die Gefahr, dass sich der SVR bei der Formulierung der Konzeption allzu stark an einer wirtschaftswissenschaftlichen Binnensicht anlehnt, was den Wissenstransfer in den politischen Entscheidungsprozess erschweren kann.

Schließlich sichert die Amtszeit von fünf Jahren, mit der Möglichkeit der Verlängerung, ebenso wie die rollierende Nachbesetzung eine relative personelle und inhaltliche Kontinuität, die zur Entwicklung einer langfristigen Konzeption förderlich ist.

Der CEA ist demgegenüber aufgrund seiner internen Institutionalisierung sehr stark in die täglichen Entscheidungsprozesse eingebunden, so dass er tendenziell über weniger zeitliche Kapazitäten verfügt, sich der Entwicklung eines längerfristigen Handlungsrahmens zu widmen, was auch vom Faktor Hauptamtlichkeit nicht kompensiert werden kann.¹⁸

Demgegenüber kann er jedoch sehr viel eher einschätzen, zu welchen Maßnahmen die jeweils amtierende Regierung politisch willens und in der Lage ist, so dass der Realisierungsgrad der Konzeption entsprechend höher sein kann.

Andererseits kann das enge Verhältnis zum Beratungsadressaten das prägnante Herausstellen des langfristig notwendigen wirtschaftspolitischen Handelns verhindern, da dieses zwangsläufig eine mehr oder weniger deutliche Kritik an dem an tagespolitischen Anforderungen ausgerichteten Hauptadressaten beinhalten muss.¹⁹ Zusätzlich könnte der CEA im Rahmen der Entwicklung einer langfristigen Konzeption in einen inhaltlichen Widerspruch zu seinen ansonsten vertretenen Ratschlägen geraten, die sich an dem Kriterium der kurzfristigen Realisierbarkeit orientieren müssen.

Abschließend steht die hohe Personalfuktuation der kontinuierlichen Entwicklung einer langfristigen Konzeption entgegenstehen. Jeder Chairman ist im Wettstreit um Einfluss darauf angewiesen, auch kurzfristig verwertbare Ergebnisse zu liefern, weshalb der Zeithorizont des Agierens im Schwerpunkt nicht langfristig sein kann.

In der Gesamtabwägung der für die Konzeptionsfunktion zu erfüllenden Faktoren, wird hier ein Vorteil für das Modell des SVR festgestellt. Obgleich die CEA-Konstruktion grundsätzlich zur Wahrnehmung dieser Funktion befähigt ist, gibt an dieser Stelle das Argument der

¹⁸ Diese Argumentation wird gestützt durch den ehemaligen Vorsitzenden Stein (1996, 20), der unterstreicht, dass der Council keine weitsichtigen Prognosen entwickelt, sondern auf Kurzfristigkeit angelegt ist, weshalb er in der Konsequenz sogar vorschlägt, den Stab in zwei entsprechende Abteilungen zu gliedern, um die Langfristigkeitskomponente zu stärken.

¹⁹ Krelle (1984, 333) charakterisiert den CEA als in der Verwaltung eingeordnet, weshalb politisch unerwünschte Alternativen nicht untersucht werden. Ähnlich äußert sich auch Krupp (1995, 34).

tagespolitischen Orientierung den Ausschlag, wodurch ein Großteil der Beratungskapazität gebunden ist.²⁰

4.3 Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit

Mit der externen Institutionalisierung des SVR und der aufgrund ihrer Nebenamtlichkeit weitgehenden materiellen Unabhängigkeit seiner Mitglieder sind entscheidende Erfolgsfaktoren zur Erfüllung der Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit gegeben. Das Sachverständigenratsmodell steht im Vergleich mit anderen Beratungskonstruktionen für eine größtmögliche Objektivität und ermöglicht zudem auch eine deutliche Kritik am Handeln der amtierenden Regierung. Die externe Institutionalisierung und die hohe Reputation seiner Mitglieder wirken sich zudem positiv auf die ebenfalls wichtige Glaubwürdigkeit aus.

Neben einer ausgewogenen, nicht interessengeleiteten Aufklärung besitzt der SVR prinzipiell die notwendige Breitenwirkung, um mit seinen Aussagen in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Problematisch erweist sich indessen die Darbietung der ökonomischen Konzepte sowie die von den Mitgliedern lange Zeit gepflegte nicht allgemein verständliche Sprache.

Der CEA ist demgegenüber ein vom Präsidenten eingesetztes Beratungsorgan und durch das hieraus resultierende Abhängigkeitsverhältnis im Grundsatz nicht dazu in der Lage, dem Anforderungskriterium der Objektivität angemessen Rechnung zu tragen (Borner, 1977, 79f.; Cassel, 2004, 194; Stein 1974, 38). Dieser Aspekt erschwert im Zusammenspiel mit seiner internen Institutionalisierung eine ausgewogene Vermittlung von Konzepten, da sich das Gremium in der Öffentlichkeit mit seinen Aussagen nicht losgelöst von der politischen Linie des Präsidenten äußern sollte und daher die aus wissenschaftlicher Perspektive teilweise angebrachte Kritik nicht in der entsprechenden Art und Weise nach außen kommunizieren kann (Ackley, 1984, 230; Heine/Mause, 2003, 399; Wallich, 1976, 498)

Vor dem Hintergrund der hier betrachteten Anforderungskriterien ist das Sachverständigenratsmodell aufgrund seiner institutionellen Ausgestaltung durchaus in der Lage der Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit gerecht zu werden. Die Councilkonstruktion entspricht dagegen den Anforderungskriterien nicht (Feldstein, 1997, 101), weshalb die Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit nicht durch das CEA-Modell erfüllt werden kann.²¹

²⁰ So betont Porter (1997, 103), dass der Council auch deshalb überlebt hat, weil er sich auf die tägliche Beratung konzentrierte und nicht auf langfristig angelegte Analysen. Diese Auffassung bestätigt auch der ehemalige Chairman Ackley (Hargrove/Morley, 1984, 241).

²¹ An dieser Stelle sei erneut darauf hingewiesen, dass im vorliegenden Beitrag nicht die faktische Leistung der Beratungsgremien betrachtet wird, sondern ausschließlich die potenzielle Leistungsfähigkeit aufgrund ihrer Institutionalisierung. Somit bedeutet die positive Beurteilung der Leistungsfähigkeit des SVR im Hinblick auf

4.4 Legitimationsfunktion

Kraft seiner Unabhängigkeit aufgrund der externen Institutionalisierung und seiner damit eng verbundenen Glaubwürdigkeit erfüllt der SVR viele Anforderungskriterien der Legitimationsfunktion sehr gut.

Jedoch ist aufgrund seiner Unabhängigkeit die Beauftragung zur nachträglichen Legitimation einer politischen Maßnahme nicht möglich.²² Damit ist ein entscheidendes Kriterium für die Möglichkeit zur Auftragslegitimation durch wissenschaftliche Beratung nicht erfüllt. Allerdings kann eine übereinstimmende Aussage des SVR mit Teilen der Regierungspolitik gerade angesichts der herausgestellten Unabhängigkeit eine enorme indirekte Legitimationskraft entfalten. Der CEA erfüllt die Kriterien der Unabhängigkeit und der externen Institutionalisierung nicht, weshalb eine hierdurch abgeschwächte Glaubwürdigkeit sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in politischen Entscheidungsprozessen die Legitimationskraft des CEA erheblich reduziert. Andererseits kann der CEA vom Präsidenten durchaus zur Stützung dessen politischer Position beauftragt werden, indem er das Gremium nach einer intern im Weißen Haus getroffenen Entscheidung beispielsweise in Verhandlungsrunden mit Angehörigen der Administration oder dem Kongress entsendet, damit dieser dort, unterstützt durch seine hohe Reputation, wissenschaftlich fundierte Argumente im Sinne des Präsidenten einfließen lässt. Genauso ist durch ein Aufzeigen wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten die gezielte Legitimation einer Maßnahme in der Öffentlichkeit denkbar.

Grundvoraussetzung ist hierbei, dass CEA und Präsident die gleiche Auffassung in Bezug auf eine ökonomische Maßnahme vertreten, bzw. dass der CEA z.B. bei einem größeren Reformprojekt zumindest die grobe Linie unterstützt.

Ermöglicht wird ein Legitimationseffekt trotz nicht vorhandener Unabhängigkeit durch die hohe Reputation des Gremiums und seiner Mitglieder und durch die Kontrolle der Wissenschaft, der sich sowohl Öffentlichkeit als auch an Entscheidungsprozessen beteiligte Akteure bewusst sind, so dass dem CEA eine gewisse Glaubwürdigkeit zugesprochen wird.

Allerdings muss der Präsident bei Nutzung des CEA zum Zwecke der Legitimation berücksichtigen, dass dieser nicht als sein persönliches Sprachrohr wahrgenommen werden darf, weshalb er das Organ zur Bewahrung seiner Glaubwürdigkeit schon aus Eigeninteresse nur dosiert einsetzen kann.

die Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit in keiner Weise, dass der SVR diese Beratungsfunktion faktisch erfüllt, sondern lediglich, dass das Beratungsmodell das Potential zur Erfüllung dieser Funktion besitzt.

²² Letztendlich greifen sich alle wirtschaftspolitischen Akteure die Aspekte aus den Aussagen des Sachverständigenrates heraus, die für die Stärkung ihrer politischen Positionen dienlich erscheinen; von einer Auftragslegitimation kann hingegen nicht die Rede sein (Krevert, 1993, 115).

Bilanzierend lässt sich vor diesem Hintergrund feststellen, dass das Councilmodell der Sachverständigenratskonstruktion bezüglich der Wahrnehmung der Legitimationsfunktion überlegen ist. Vor dem Hintergrund der hier betrachteten Anforderungskriterien ist die Konstruktion durchaus in der Lage, den Präsidenten als Hauptadressaten mit wissenschaftlicher Legitimation zu stärken. Aufgrund seiner unabhängigen Institutionalisierung kann der SVR hingegen nicht mit der Legitimation des Regierungshandeln beauftragt werden. Daher erfüllt er die Legitimationsfunktion in Sinne des vorliegenden Beitrags nicht.²³

4.5 Filterfunktion

Zwar besitzt der SVR ohne Zweifel eine hohe Reputation, so dass die Gefahr der Vereinnahmung durch Partikularinteressen gering erscheint. Jedoch agiert er, bedingt durch seine externe Institutionalisierung, in einer zu großen Distanz zu den politischen Entscheidungsprozessen bzw. ist an den internen Abläufen gar nicht erst beteiligt, was ohnehin aufgrund der nebenamtlichen Tätigkeit seiner Mitglieder nicht wie erforderlich kontinuierlich möglich ist.

Der CEA ist als internes Beratungsgremium im Executive Office direkt in die Entscheidungsprozesse der Politik involviert und kann diese angesichts seiner vollamtlichen Mitglieder auch, wie für diese Funktion gefordert, fortlaufend begleiten und frühzeitig Argumente einbringen. Daneben wird der CEA der Anforderung der Interessenfreiheit angemessen gerecht, da er keine speziellen Interessen bzw. zu starke institutionelle Eigeninteressen vertritt. Schließlich verfügt der CEA aufgrund des Renommées seiner Mitglieder über die notwendige hohe Reputation und daneben über eine relative Unabhängigkeit im Innenverhältnis, da sie nach einer kurzen Amtszeit wieder in ihre akademische Laufbahn zurückkehren und keine persönlichen Karriereinteressen bei ihren Aussagen berücksichtigen müssen, wie es bei vielen anderen Angehörigen der Administration der Fall ist. Aus diesen Gründen wird dem CEA im Bargaining-Prozess eine für die Filterfunktion entscheidende Überparteilichkeit und Glaubwürdigkeit bescheinigt, kraft derer er recht effektiv aus volkswirtschaftlicher Sicht abzulehnende Maßnahmen über eine fundierte Argumentation anderer Perspektiven verhindern bzw. abmildern kann.²⁴

Im Ergebnis ist das Modell des Council ganz eindeutig in der Lage, die Filterfunktion sehr gut zu erfüllen, während die Konstruktion des SVR den Anforderungen dieser Beratungsfunktion nicht genügen kann.

²³ Allerdings sei nochmals darauf hingewiesen, dass der SVR faktisch durchaus zur Legitimation des Regierungshandelns genutzt wird. Insbesondere umfangreiche Gutachten bieten hierbei häufig die Möglichkeit, politische Maßnahmen im Zuge eines Legitimationseklektizismus ex-post zu legitimieren.

²⁴ So auch der ehemalige Vorsitzende Schultze (1996, 28), der den CEA in diesem Sinne als „advocate for efficiency“ bezeichnet. Zur Filterfunktion des CEA ebenso Weidenbaum (1988, 240).

4.6 Eine Lanze für den Sachverständigenrat?

Das Councilmodell ist zur Wahrnehmung der operativen Beratungsfunktion und der Filterfunktion eindeutig leistungsfähiger als die Konstruktion des Sachverständigenrates, die diese Funktionen in keiner Weise leisten kann. Das CEA-Modell ist darüber hinaus grundsätzlich in der Lage, auch den Kriterien der Legitimations- sowie in Grundzügen auch denen der Konzeptionsfunktion zu genügen. Für Beratung im Sinne der Aufklärungsfunktion ist das CEA-Modell hingegen ungeeignet.

Das SVR-Modell beinhaltet dagegen sehr großes Potential zur Wahrnehmung der Aufklärungsfunktion sowie die Fähigkeiten zur Gewährleistung der Konzeptionsfunktion. Eine Auftragslegitimation lässt sich im Modell des SVR nicht verwirklichen. Die Ergebnisse des funktionalen Modellvergleichs sind in Abbildung 4 zusammengefasst.

Funktionen	Sachverständigenrat	Council	Bewertung
Operative Funktion	- Kein klarer Adressat - Externe Institutionalisierung - Nebenamtlichkeit	+ Berücksichtigung der Zielvorstellungen des Präsidenten + Interne Institutionalisierung / Kabinettsrang + Hauptamtlichkeit / ständige Verfügbarkeit	Eindeutiger Vorteil des CEA
Konzeptionsfunktion	+ Keine Einbeziehung ins Tagesgeschehen + Unabhängigkeit + Externe Institutionalisierung - Gefahr der Realitätsferne	- Schwerpunkt in Tagespolitik - Orientierung an polit. Grundeinstellung - Relativ kurze Amtszeiten + Umsetzbarkeit des Konzepts in Administration stärker berücksichtigt	Vorteil des SVR
Aufklärungsfunktion	+ Externe Institutionalisierung + Unabhängigkeit + Hohe Glaubwürdigkeit / Reputation - In Praxis zu geringe Breitenwirkung	- Interne Institutionalisierung - Abhängigkeit - Keine ausgewogene Informationsdarbietung	Eindeutiger Vorteil des SVR
Legitimationsfunktion	+ Unabhängigkeit + Externe Institutionalisierung + Hohe Glaubwürdigkeit - Aber keine gezielte Legitimation!!!	+ Möglichkeit der gezielten Legitimation + Gewisse Glaubwürdigkeit wegen Reputation - Interne Institutionalisierung	Vorteil des CEA
Filterfunktion	- Externe Institutionalisierung - Nebenamtlichkeit + Keine spezifischen Interessen	+ Interne Institutionalisierung + Hauptamtlichkeit + Reputation / Akzeptanz	Eindeutiger Vorteil des CEA

Erläuterung: + : Vorteil für die Wahrnehmung der jeweiligen Funktion
- : Nachteil für die Wahrnehmung der jeweiligen Funktion

Abb. 4: CEA und SVR im funktionalen Modellvergleich

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass das CEA-Modell insgesamt mehr Beratungsfunktionen abdecken kann. Ob aber das CEA-Modell daher im Vergleich zur SVR-Konstruktion als leistungsfähiger einzustufen ist, hängt hingegen davon ab, welches Gewicht man den einzelnen Funktionen beimisst. Hier wäre somit zu prüfen, welche Funktionen von wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung überhaupt durch das Beratungsmodell realisiert werden sollen. Wie gezeigt ist der Leistungsvorteil in einem funktionalen Modellvergleich bei weitem nicht

so eindeutig, als dass die in der Literatur wiederholt zu einseitig ausgerichtete Negativeinschätzung des SVR im Vergleich zum CEA unkommentiert geteilt werden könnte.

Bei ihrer Kritik am SVR legen viele Autoren ganz offensichtlich das Hauptaugenmerk auf die operative Beratungsfunktion und kommen so zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass der CEA dem SVR deutlich überlegen sei, was sich entsprechend in den Reformvorschlägen widerspiegelt. So will z.B. Klages (1998, 24) den SVR an den „Willen der jeweiligen Bundesregierung binden“ und betont, dass man in den USA eingesehen hätte, „die Regierung ohne gemeinsamen Schulterschluss nicht wirksam beraten zu können“. Auch Krupp (1999, 142) argumentiert in eine ähnliche Richtung und erachtet eine „Lösung der Probleme nach dem Muster des CEA“ als sinnvoll. „Die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Ratschlag umgesetzt wird, ist weit höher als bei der deutschen Lösung, da kein Dissens über die Ziele besteht und die Experten das Vertrauen der Regierung besitzen“. Wintermann (2004, 61) diskutiert ferner, wie ein „System problemorientiert arbeitender Expertenkommissionen zu einer effektiven Berücksichtigung wissenschaftlicher Expertise im Gesetzgebungsprozess führt“ und der Sachverständigenrat nach dem „Vorbild des CEA stärker in die Regierungsarbeit eingebunden werden kann“.

Besitzen diese Aussagen und Vorschläge für sich genommen sicher ihre Berechtigung, so sind sie doch stark der Vorstellung einer Beratung im Sinne der operativen Beratungsfunktion verhaftet. Die operative Beratungsfunktion kann hingegen nicht als alleiniger Maßstab für eine Beurteilung der Beratungsmodelle CEA und SVR herangezogen werden. Aussagen über die Leistungsfähigkeit eines Beratungsmodells, die sich lediglich auf die Wahrnehmung einer Funktion stützen, sind daher entschieden zu einseitig.

Das Beratungsmodell des SVR bietet theoretisch auch Beratungsfunktionen, die in einer councilähnlichen Konstruktion nicht realisiert werden können. Die Analyse in Abschnitt 2.6 hat darüber hinaus gezeigt, dass einige Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung aufgrund sich widersprechender Erfolgsfaktoren kaum vereinbar sind und somit nicht von ein und derselben Beratungsinstitution gleichzeitig wahrgenommen werden können.

Dabei fällt insbesondere auf, dass die Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit am wenigsten mit anderen Beratungsfunktionen vereinbar ist. Erfolg im Sinne der Aufklärungsfunktion hängt wie gezeigt entscheidend von den Faktoren Unabhängigkeit und externe Institutionalisierung ab, die im momentanen SVR-Modell gegeben sind. Gerade dies verhindert aber eben auch, dass andere Beratungsfunktionen, wie die der operativen Beratung, besser wahrgenommen werden können. Reformmaßnahmen zu einer besseren Wahrnehmung der einen Funktion würden somit mit negativen Auswirkungen auf eine andere Funktion einhergehen. Logisch

inkonsistent wäre es demnach, ein „Allround-Modell“ zu konzipieren, das möglichst alle Funktionen abdecken soll. Vielmehr bedürfte es einer grundlegenden Entscheidung, welche Funktion(en) von einer Beratungsinstitution geleistet werden sollen und an den entsprechenden Erfolgsfaktoren ausgerichtete Reformen, um ein institutionelles Arrangement für die optimale Wahrnehmung der gewünschten Funktion(en) zu schaffen.

5. Fazit

Wird der Council of Economic Advisors im Vergleich zum Sachverständigenrat in der wirtschaftswissenschaftliche Fachliteratur zumeist als leistungsfähiger eingeschätzt, so weckt dieser Gleichklang beim kritischen Leser auch Zweifel, insbesondere da die Einschätzungen häufig auf einer wenig systematisch anmutenden Analyse fußen und zudem beim Vergleich von Council und Sachverständigenrat die unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen unzureichend beachtet werden.

Um zu einer differenzierteren komparativen Analyse der Beratungsinstitutionen zu gelangen, wurden mit der operativen Beratungsfunktion, der Konzeptionsfunktion, der Aufklärungsfunktion, der Legitimationsfunktion und der Filterfunktion fünf Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung als Grundlage eines Institutionenvergleichs aus der Fachliteratur extrahiert. Ob eine Beratungsinstitution diese Funktionen erfolgreich erfüllen kann, hängt wiederum von sich teilweise widersprechenden Faktoren der Institutionalisierung ab, so dass eine gleichzeitige Erfüllung aller Funktionen durch eine Beratungsinstitution nicht möglich ist. Forderungen nach einem „Allround-Modell“, das alle Funktionen abdecken soll, genügen demnach nicht dem Kriterium der logischen Konsistenz.

So bedingt beispielsweise eine von vielen Autoren geforderte stärkere Berücksichtigung der Zielvorstellung der jeweiligen Regierung durch den SVR im Sinne der operativen Beratungsfunktion zwangsläufig eine Schwächung im Hinblick auf die Aufklärungsfunktion der Öffentlichkeit. Politiker wie Wissenschaftler sollten daher unter Berücksichtigung der Kompatibilität der einzelnen Beratungsfunktionen zunächst festlegen, welche Funktion(en) eine Beratungsinstitution überhaupt wahrnehmen soll, bevor sie konkrete Reformmaßnahmen entwickeln. Ist die Zielsetzung der Beratung klar definiert, so gilt es anschließend die für die optimale Wahrnehmung relevanten Erfolgsfaktoren zu institutionalisieren.

Ein Vergleich von Council und Sachverständigenrat in ihrer bestehenden Form zeigt, dass das Modell des Councils zwar im Hinblick auf die operative Beratungsfunktion, die Legitimationsfunktion und die Filterfunktion als leistungsfähigere Institutionalisierungsvariante eingeschätzt werden kann, bei der Konzeptionsfunktion und der Aufklärungsfunktion hingegen die

Sachverständigenratskonstruktion Vorteile aufweist. Dass Autoren, die ihr Hauptaugenmerk auf die operative Beratungsfunktion legen, zu der Einschätzung kommen, das Councilmodell sei leistungsfähiger, verwundert demnach nicht. Betrachtet man hingegen sämtliche Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung, so kann man durchaus eine kleine Lanze für den Sachverständigenrat brechen.

Literaturverzeichnis

Adkisson, Richard V./ Blum, Albert A. (1996), Education and Attainment of Members of the Council of Economic Advisers, 1946-91, in: Journal of Economic Issues, Band 30, Heft 4, S. 1184-1191.

Albach, Horst (1989), Erfahrungen im Sachverständigenrat, in: B. Gahlen et al. (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und dynamischer Wettbewerb – Ernst Helmstädter zum 65. Geburtstag, Berlin: Springer-Verlag, S. 403-420.

Apolte, Thomas/Wilke, Thomas (1998), Größere Effizienz der Wirtschaftspolitik durch institutionalisierte wissenschaftliche Politikberatung?, in: Dieter Cassel (Hrsg.), 50 Jahre soziale Marktwirtschaft, Stuttgart, S. 769-789.

Baisch, H. et.al. (1977), Die Wirtschaftskrise in der BRD – Eine Auseinandersetzung mit den Analysen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan, S. 157-209.

Bauer, Wilhelm (1967), Der Sachverständigenrat. Einige Bemerkungen zu seinem Wesen und seinen Funktionen, in: Hans Besters (Hrsg.), Theoretische und Institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik – Theodor Wessels zum 65. Geburtstag, Berlin: Duncker & Humblot, S. 349-357.

Bernstein, Michael Alan (2001), A Perilous Progress: Economists and Public Purpose in Twentieth Century, Princeton: Princeton University Press.

Bonus, Holger (1982), Information und Emotion in der Politikberatung – Zur politischen Umsetzung eines wirtschaftstheoretischen Konzepts, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, S. 1-21.

Bonus, Holger (1981), Das wissenschaftliche Gutachten in der Politik – Information, öffentliche Meinung, Verantwortung, in: Manfred Timmermann (Hrsg.), Nationalökonomie morgen, Stuttgart: Kohlhammer, S. 263-298.

Borner, Silvio (1977), Die amerikanische Stabilitätspolitik seit 1946 – Strategien und Erfahrungen des Council of Economic Advisers, Bern: Paul Haupt.

Borner, Silvio (1975), Wissenschaftliche Ökonomik und politische Aktion – Eine politische Ökonomie der professionellen Beratung der Wirtschaftspolitik, Bern: Paul Haupt.

Cassel, Susanne (2005), Politikberatung und Politikerberatung- welche Fortschritte bringt die Wissenschaft?, in: Uwe Jens, Hajo Romahn (Hrsg.), Glanz und Elend der Politikberatung, Marburg: Metropolis, S. 175-196.

Cassel, Susanne (2004a), Politikberatung und Politikerberatung, 2. unveränderte Auflage, Bern: Haupt Verlag.

Cassel, Susanne (2004b), Politikberatung aus institutionenökonomischer Sicht, in: Birger P. Priddat, Theresia Theurl (Hrsg.), Risiken der Politikberatung, Baden-Baden: Nomos, S. 109-126.

- Coats, Bob A.W. (1999), Economic policy advice: opportunities and limitations, in: The transfer of economic knowledge, S. 74-89.
- Creutzmann, Jürgen (2000), Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie – Defizite der Beratungspraxis, in: Ulrich Albertshausen, Hermann Knödler (Hrsg.), Ökonomie und Politikberatung im Spannungsfeld von Theorie und Praxis, Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung, S. 35-40.
- Donges, Jürgen B. (2002), Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 9, S. 239-247.
- Eeckhoff, Tholen (2004), Politikberatung aus institutionenökonomischer Sicht – Korreferat zu Susanne Cassel, in: Birger P. Priddat, Theresia Theurl (Hrsg.), Risiken der Politikberatung, Baden-Baden: Nomos, S. 127-131.
- Eichhorst, Werner; Wintermann, Ole (2003), Reformstau: Beratungsresistenz oder Versagen der Politikberatung?, in: Sozialer Fortschritt, S. 163-170.
- Engelhardt, Gunther (1980), „Council of Economic Advisers“ und Sachverständigenrat: ein Vergleich, in: Von Kalifornien bis Tonga, Wissenschaftsberichte aus der Universität Hamburg, vol. XIV, S. 34-42.
- Engelhardt, Gunther (1973), Vom Expertenmonolog zum gesellschaftlichen Dialog – Funktion und Wirkungsweise des Sachverständigenrates in Politik und Öffentlichkeit, in: Regina Molitor (Hrsg.), Zehn Jahre Sachverständigenrat, Frankfurt: Athenäum, S. 187-209.
- Feldstein, Martin (1997), The Council of Economic Advisers: From Stabilization to Resource Allocation, in: The American economic review, Heft 2, S. 99-102.
- Feldstein, Martin (1992), The Council of Economic Advisers and economic advising in the United States, in: The Economic Journal, S. 1223-1234.
- Feldstein, Martin (1989), How the CEA advises Presidents, in: Challenge, S. 51-55.
- Franz, Wolfgang (1998), Wissen und Verantwortung – Wirtschaftspolitische Beratung als selbstreflexive Aufklärung, in: Michael Steiner (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Beratung heute, Frankfurt am Main: Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 19-26.
- Frey, Bruno S. (2000), Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 1(1), S. 5-33.
- Gäfen, Gérard (1987), Formen und Erfolgsbedingungen wissenschaftlicher Beratung der Wirtschaftspolitik, Diskussionsbeiträge der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Statistik der Universität Konstanz, Serie I – Nr. 232, Juni 1987.
- Giersch, Herbert (1995), Aus der Anfangszeit des Rates, in: Otto Schlecht, Ulrich van Suntum (Hrsg.), 30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Krefeld: Sinus-Verlag, S. 23-27.
- Gutowski, Armin (1983), Zur Theorie und Praxis der unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 9-24.
- Habermas, Jürgen (1964), Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, in: Richard Reich (Hrsg.), Humanität und politische Verantwortung, Zürich: Eugen Rentsch Verlag, S. 54-73.
- Hamilton, Lee H. (1992), Economists as Public Policy Advisers, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 6, Nr. 3, S. 61-64.

- Hargrove, Erwin C./Morley, Samuel A. (1984), *The President and the Council of Economic Advisers – Interviews with CEA Chairmen*, Boulder: Westview Press.
- Heilemann, Ulrich (1998), Politikberater als Mahner und Propheten? Zur Rolle der wirtschaftspolitischen Beratung in der Demokratie, in: Rolf Ackermann, Susanne Cassel, Elke Denner (Hrsg.), *Offen für Reformen? Institutionelle Voraussetzungen für gesellschaftlichen Wandel im modernen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden: Nomos, S. 139-159.
- Heise, Michael / Ragnitz, Joachim (1990), Zur Theoretischen Fundierung wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung, in: Heinz-Peter Spahn (Hrsg.), *Wirtschaftspolitische Strategien: Probleme ökonomischer Stabilität und Entwicklung in Industrieländern und der Europäischen Gemeinschaft*, Regensburg: Transfer-Verlag, S. 57-73.
- Heller, Walter W. (1969), *Economic Policy Advisers*, in: Thomas E. Cronin, Sanford D. Greenberg (Hrsg.), *The Presidential Advisory System*, New York: Harper & Row, S. 29-39.
- Heller, Walter W. (1968), *Das Zeitalter des Ökonomen*, Tübingen: Siebeck.
- Helmstätter, Ernst (1988), 25 Jahre Sachverständigenrat: Erfahrungen und Lehren, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Heft 4, S. 10-18.
- Hickel, Rudolf / Mattfeldt, Harald (1983), Die „Fünf Weisen“ in der Krise – 20 Jahre Rat der Ratlosen?, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, S. 699-713.
- Holzheu, Franz (1989), Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Politikberatung, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, Heft 5, S. 230-237.
- Jens, Uwe (2005), Wenn der Politikberatung die konzeptionelle Grundlage fehlt!, in: Uwe Jens, Hajo Romahn (Hrsg.), *Glanz und Elend der Politikberatung*, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 9-28.
- Kämper, Norbert (1989), *Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Aufgaben und Rechtsstellung*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Keyserling, Leon H. (1978), *The Council of Economic Advisers since 1946: Its Contributions and Failures*, in: *Atlantic Economic Journal*, Heft 1, S. 17-35.
- Kirchgässner, Gebhard (1996), Ideologie und Information in der Politikberatung: Einige Bemerkungen und ein Fallbeispiel, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, S. 9-41.
- Kirchgässner, Gebhard (1988), Politik und Politikberatung aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, in: *Liberal*, Heft 2, S. 41-49.
- Klages, Wolfgang (1998), *Wissenschaft und Politikberatung in Deutschland: Bleibt guter Rat ungehört?*, Disputationsvortrag am Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, 06. Mai 1998.
- Krelle, Wilhelm (1984), 20 Jahre Sachverständigenrat: War es der Mühe wert?, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, S. 332-354.
- Krevert, Peter (1993), *Funktionenwandel der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster: Lit Verlag.
- Krupp, Hans-Jürgen (2004), Was kann die (National-) Ökonomie zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik beitragen?, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 2, S. 84-90.
- Krupp, Hans-Jürgen (1999), Wissenschaftler und Politiker: Unterschiedliche Rollen, in: *Wirtschaftsdienst*, S. 139-143.

- Krupp, Hans-Jürgen (1995), Schwierigkeiten neutraler Begutachtung, in: Otto Schlecht, Ulrich van Suntum (Hrsg.), 30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Krefeld: Sinus-Verlag, S. 31-34.
- Krupp, Hans-Jürgen (1989), Unabhängige Beratung und politische Verantwortung – Überlegung zur Konzeption des Sachverständigenrates, in: B. Gahlen et al. (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und dynamischer Wettbewerb: Ernst Helmstätter zum 65. Geburtstag, Heidelberg: Springer, S. 421-428.
- Lambsdorff, Otto Graf (2003), Politikberatung im Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaftlichkeit und Durchsetzbarkeit, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1963-2003, Wiesbaden, S. 76-82.
- Leschke, Martin / Pies, Ingo (2005), Vorwort, in: Martin Leschke, Ingo Pies (Hrsg.), Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart: Lucius & Lucius, S. V-VI.
- Mause, Karsten / Heine, Klaus (2003), Ökonomische Analysen wissenschaftlicher Politikberatung, in: Politische Vierteljahresschrift, S. 395-410.
- McCaleb, Thomas S. (1986), The Council of Economic Advisers after Forty Years, in: Cato Journal, S. 685-693.
- Nelson, Robert H. (1987), The Economic Profession and the Making of Public Policy, in: Journal of Economic Literature, S. 49-91.
- Neumark, Fritz (1973), Die Hauptadressaten nicht immer erreicht – Die Sprache des Sachverständigenrates, in: Regina Molitor (Hrsg.), 10 Jahre Sachverständigenrat, Frankfurt: Athenäum, S. 210-225.
- Niskanen, William A. (1986), Economics and Politicians, in: Journal of Policy Analysis and Management, Nr. 2, S. 236-244.
- Nützenadel, Alexander (2002), Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik. Die Gründung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage 1963, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 288-306.
- Ott, Alfred E. (1988), Der erste Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, S. 1-10.
- Peacock, Alan Turner (1986), Der Nationalökonom als Berater der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Band 33, Heft 5, S. 638-650.
- Pitlik, Hans (2001), Politikberatung der Öffentlichkeit, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 2 (1), S. 61-73.
- Porter, Roger B. (1997), Presidents and Economists: The Council of Economic Advisers, in: The American economic review, Heft 2, S. 103-106.
- Schneider, Hans Karl (1995), Stimmt die gesetzliche Zielvorgabe des Rates noch?, in: Otto Schlecht, Ulrich van Suntum (Hrsg.), 30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Krefeld: Sinus-Verlag, S. 98-102.
- Schneider, Hans Karl (1994), Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1982-1992, in: Hasse, Rolf (Hrsg.), Ordnung in Freiheit: Festgabe für Hans Willgerodt zum 70. Geburtstag, Stuttgart: Fischer, S. 169-181.
- Schneider, Thomas (1989), Die wirtschaftspolitische Beratung im Vergleich Frankreich und Bundesrepublik Deutschland, Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.

- Schröder, Gerhard (2003), Wissenschaftliche Beratung und politische Durchsetzbarkeit, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1963-2003, Wiesbaden, S. 15-21.
- Schultze, Charles L. (1996), The CEA: An Inside Voice for Mainstream Economics, in: Journal of Economic Perspectives, Heft 3, S. 23-29.
- Sievert, Olaf (1988), Sachverständigenrat – Weise, Mahner und Propheten, in: Hans Dietmar Barbier (Hrsg.), Die Moral des Marktes – Wirtschaftspolitik in einer offenen Welt, Frankfurt: Frankfurter Allgemeine [u.a.], S. 285-295.
- Solow, Robert M. (1997), It Ain't the Things You Don't Know That Hurt You, It's the Things You Know That Ain't So, in: The American economic review, Heft 2, S. 107-108.
- Stiglitz, Joseph (1997), Looking Out of the National Interest: The Principles of the Council of Economic Advisers, in: The American economic review, Heft 2, S. 109-113.
- Stein, Herbert (1996), A Successful Accident: Recollections and Speculations about the CEA, in: Journal of Economic Perspectives, Heft 3, S. 3-21.
- Stein, Herbert et al. (1974), How political must the Council of Economic Advisers be? - Panel Discussion at the annual meeting of the Allied Social Science Associations in New York am 29.12.1973, in: Challenge, Heft 1, S. 28-42.
- Strayer, Paul J. (1950), The Council of Economic Advisers: Political Economy on Trial, in: The American Economic Review, Heft 2, S. 144-154.
- Theurl, Theresia (2004), Ökonomische Politikberatung: Erfolg durch Konkretisierung von Zielen, Aufgaben und Akteuren?, in: Birger P. Priddat, Theresia Theurl (Hrsg.), Risiken der Politikberatung, Baden-Baden: Nomos, S. 7-19.
- Tietzel, Manfred / Müller, Christian (2004), Handel mit Illusionen - Was produzieren eigentlich Politikberater?, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, S.18-32.
- Wagner, Gert G. (2004), Die Rolle der Wissenschaft in der Politikberatung muss klar erkennbar sein. Ein Diskussionsbeitrag aus Sicht des Kritischen Realismus, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 1-2, S. 18-31.
- Wagner, Gerd G. / Wiegand, Wolfgang (2001), Volkswirtschaftliche Forschung und Politikberatung, in: Irene Becker (Hrsg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft: Festschrift für Richard Hauser, Frankfurt: Campus, S. 770-788.
- Wallich, Henry C. (1984), The German Council of Economic Advisers in an American Perspective, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, S. 355-363.
- Wallich, Henry C. (1976), The American Council of Economic Advisers and the German Sachverständigenrat – A study in the economics of advice, in: Ryan C. Amacher, Robert D. Tollison, Thomas D. Willett (Hrsg.), The Economic Approach to Public Policy: selected readings, Ithaca: Cornell University Press, S. 490-498.
- Wallich, Henry C. (1968), The American Council of Economic Advisers and the German Sachverständigenrat – A study in the economics of advice, in: The Quarterly Journal of Economics, Heft 3, S. 349-379.
- Weber, Jörg (2003), Quo Vadis Politikberatung?, Inauguraldissertation an der Bergischen Universität GHS Wuppertal.
- Weidenbaum, Murray L. (1996), The Employment Act of 1946: A Half Century of Presidential Policymaking, in: Presidential Studies Quarterly, Band 26, Heft 3, S. 880-886.

Weidenbaum, Murray L. (1988), The Role of the Council of Economic Advisers, in: Journal of Economic Education, S. 237-243.

Welfens, Paul J.J. (2005), Politikberatung als Problem in Deutschland: Institutionelle Fragen und Aspekte der Neuen Politischen Ökonomie, in: Uwe Jens, Hajo Romahn (Hrsg.), Glanz und Elend der Politikberatung, Marburg: Metropolis, S. 235-270.

Westerheide, Peter (1994), Wissenschaftliche Politikberatung: Dreißig Jahre Erfahrungen des Sachverständigenrates, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 32

Wiegard, Wolfgang (2005), Politikberatung im internationalen Vergleich, in: Institutionelle Grundlagen effizienter Wirtschaftspolitik, Berlin: Duncker & Humblot, S. 83-92.

Wintermann, Ole (2004), Reformstau: Beratungsresistenz oder Versagen der Politikberatung? wirtschafts- und sozialpolitische Beratung im internationalen Vergleich, in: Birger P. Priddat, Theresia Theurl (Hrsg.), Risiken der Politikberatung, Baden-Baden: Nomos, S. 46-63.

Wünsche, Horst Friedrich (1995), Es fehlt ein Rat, der im Sinne von Ludwig Ehrhard wirkt, in: Otto Schlecht, Ulrich van Suntum (Hrsg.), 30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Krefeld: Sinus-Verlag, S. 103-107.

Bisher erschienen:

Diskussionspapiere der Fächergruppe Volkswirtschaftslehre

- Papenfuss, Ulf und Tobias Thomas, Eine Lanze für den Sachverständigenrat?, Nr. 51 (Oktober 2006).
- Kruse, Jörn, Das Monopol für demokratische Legitimation: Zur konstitutionellen Reform unserer staatlichen und politischen Strukturen, Nr. 50 (Juli 2006).
- Hackmann, Johannes, Eine reinvermögenszugangstheoretisch konsequente Unternehmensbesteuerung, Nr. 49 (Juni 2006).
- Carlberg, Michael, Interactions between Monetary and Fiscal Policies in the Euro Area, No. 48 (March 2006).
- Bayer, Stefan & Jacques Méry, Sustainability Gaps in Municipal Solid Waste Management: The Case of Landfills, No. 47 (February 2006).
- Schäfer, Wolf, Schattenwirtschaft, Äquivalenzprinzip und Wirtschaftspolitik, Nr. 46 (Januar 2006).
- Sepp, Jüri & Diana Eerma, Developments of the Estonian Competition Policy in the Framework of Accession to the European Union, No. 45 (January 2006).
- Kruse, Jörn, Zugang zu Premium Content, Nr. 44 (Dezember 2005).
- Dewenter, Ralf & Jörn Kruse, Calling Party Pays or Receiving Party Pays? The Diffusion of Mobile Telephony with Endogenous Regulation, No. 43 (November 2005).
- Schulze, Sven, An Index of Generosity for the German UI-System. No. 42 (October 2005).
- Bühler, Stefan, Ralf Dewenter & Justus Haucap, Mobile Number Portability in Europe, No. 41. (August 2005).
- Meyer, Dirk, Manuskriptstaus behindern den Wissenschaftsbetrieb: Zur Möglichkeit von Einreichungsgebühren, Autorenhonoraren und Gutachterentgelten, Nr. 40 (Juni 2005).
- Carlberg, Michael, International Monetary Policy Coordination, No. 39 (March 2005).
- Zimmermann, Klaus W. & Reto Schemm-Gregory, Eine Welt voller Clubs, Nr. 38 (März 2005), erscheint in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*.
- Hackmann, Johannes, Die Bestimmung der optimalen Bevölkerungsgröße als (wirtschafts-) ethisches Problem, Nr. 37 (März 2005).
- Josten, Stefan Dietrich, Middle-Class Consensus, Social Capital and the Mechanics of Economic Development, No. 36 (January 2005).
- Dewenter, Ralf & Ulrich Kaiser, Anmerkungen zur ökonomischen Bewertung von Fusionen auf dem Printmedienmarkt, Nr. 35 (Januar 2005).
- Göbel, Markus & Tobias Thomas, Informal Institutions and the “Weaknesses” of Human Behavior, No. 34 (January 2005).
- Dewenter, Ralf & Justus Haucap, Estimating Demand Elasticities for Mobile Telecommunications in Austria, No. 33 (Dezember 2004).

- Meyer, Dirk, Die Entmachtung der Politik: Zur Frage der Überlebensfähigkeit demokratischer Nationalstaaten in einer globalisierten Weltwirtschaft, Nr. 32 (Dezember 2004).
- Josten, Stefan Dietrich & Klaus W. Zimmermann, Unanimous Constitutional Consent and the Immigration Problem, No. 31 (Dezember 2004), erscheint in: *Public Choice*.
- Bleich, Torsten, Importzoll, Beschäftigung und Leistungsbilanz: ein mikrofundierter Ansatz, Nr. 30 (September 2004).
- Dewenter, Ralf, Justus Haucap, Ricardo Luther & Peter Rötzel, Hedonic Prices in the German Market for Mobile Phones, No. 29 (August 2004).
- Carlberg, Michael, Monetary and Fiscal Policy Interactions in the Euro Area, No. 28 (März 2004).
- Dewenter, Ralf & Justus Haucap, Die Liberalisierung der Telekommunikationsbranche in Deutschland, Nr. 27 (März 2004), erschienen in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 53, 2004, 374-393.
- Kruse, Jörn, Ökonomische Konsequenzen des Spitzensports im öffentlich-rechtlichen und im privaten Fernsehen, Nr. 26 (Januar 2004).
- Haucap, Justus & Jörn Kruse, Ex-Ante-Regulierung oder Ex-Post-Aufsicht für netzgebundene Industrien?, Nr. 25 (November 2003), erschienen in *Wirtschaft und Wettbewerb* 54, 2004, 266-275.
- Haucap, Justus & Tobias Just, Der Preis ist heiß. Aber warum? Zum Einfluss des Ökonomiestudiums auf die Einschätzung der Fairness des Preissystems, Nr. 24 (November 2003), erschienen in *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)* 33 (9), 2004, 520-524.
- Dewenter, Ralf & Justus Haucap, Mobile Termination with Asymmetric Networks, No. 23 (October 2003), erscheint in: *European Journal of Law and Economics* 20, 2005.
- Dewenter, Ralf, Raising the Scores? Empirical Evidence on the Introduction of the Three-Point Rule in Portugese Football, No. 22 (September 2003).
- Haucap, Justus & Christian Wey, Unionisation Structures and Innovation Incentives, No. 21 (September 2003), erschienen in: *The Economic Journal* 114, 2004, C145-C165.
- Quitzau, Jörn, Erfolgsfaktor Zufall im Profifußball: Quantifizierung mit Hilfe informations-effizienter Wettmärkte, Nr. 20 (September 2003).
- Reither, Franco, Grundzüge der Neuen Keynesianischen Makroökonomik, Nr. 19 (August 2003), erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 54, 2003, 131-143.
- Kruse, Jörn & Jörn Quitzau, Fußball-Fernsehrechte: Aspekte der Zentralvermarktung, Nr. 18 (August 2003).
- Bühler, Stefan & Justus Haucap, Mobile Number Portability, No. 17 (August 2003), erschienen in: *Journal of Industry, Competition and Trade* 4, 2004, 223-238.
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, On the Relative Efficiency of Democratic Institutions, No. 16 (July 2003).
- Bühler, Stefan & Justus Haucap, Strategic Outsourcing Revisited, No. 15 (July 2003), erscheint in *Journal of Economic Behavior and Organization*, 2005.

- Meyer, Dirk, Die Energieeinsparverordnung (EnEV) - eine ordnungspolitische Analyse, Nr. 14 (Juli 2003).
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Thomas, Patek Philippe, or the Art to Tax Luxuries, No. 13 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Estimating the Valuation of Advertising, No. 12 (June 2003).
- Otto, Alkis, Foreign Direct Investment, Production, and Welfare, No. 11 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, The Economics of Media Markets, No. 10 (June 2003).
- Josten, Stefan Dietrich, Dynamic Fiscal Policies, Unemployment, and Economic Growth, No. 9 (June 2003).
- Haucap, Justus & Tobias Just, Not Guilty? Another Look at the Nature and Nurture of Economics Students, No. 8 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Quality Provision in Interrelated Markets, No. 7 (June 2003).
- Bräuninger, Michael, A Note on Health Insurance and Growth, No. 6 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Media Markets with Habit Formation, No. 5 (June 2003).
- Haucap, Justus, The Economics of Mobile Telephone Regulation, No. 4 (June 2003).
- Josten, Stefan Dietrich & Achim Truger, Inequality, Politics, and Economic Growth. Three Critical Questions on Politico-Economic Models of Growth and Distribution, No. 3 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Rational Addiction to News?, No. 2 (June 2003).
- Kruse, Jörn, Regulierung der Terminierungsentgelte der deutschen Mobilfunknetze?, Nr. 1 (Juni 2003).

Frühere Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftspolitik

- Bräuninger, Michael & Justus Haucap, Das Preis-Leistungs-Verhältnis ökonomischer Fachzeitschriften, Nr. 120 (2002), erschienen in: *Schmollers Jahrbuch* 123, 2003, S. 285-305.
- Kruse, Jörn, Competition in Mobile Communications and the Allocation of Scarce Resources: The Case of UMTS, Nr. 119 (2002), erschienen in: Pierre Buigues & Patrick Rey (Hg.), *The Economics of Antitrust and Regulation in Telecommunications*, Edward Elgar: Cheltenham 2004.
- Haucap, Justus & Jörn Kruse, Predatory Pricing in Liberalised Telecommunications Markets, Nr. 118 (2002), erschienen in: Christian von Hirschhausen, Thorsten Beckers & Kay Mitusch (Hrsg.), *Trends in Infrastructure Regulation and Financing*, Edward Elgar: Cheltenham 2004, S. 43-68.
- Kruse, Jörn, Pay-TV versus Free-TV: Ein Regulierungsproblem?, Nr. 117 (2002), erscheint in: Mike Friedrichsen (Hg.), *Kommerz - Kommunikation - Konsum. Zur Zukunft des Fernsehens in konvergierenden Märkten*, 2003.
- Kruse, Jörn, Regulierung der Verbindungsnetzbetreiberauswahl im Mobilfunk, Nr. 116 (2002), als Kurzform erschienen in: *Multimedia und Recht*, Januar 2003, S. 29-35.

- Haucap, Justus & Jörn Kruse, Verdrängungspreise auf liberalisierten Telekommunikationsmärkten, Nr. 115 (2002), erschienen in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 5, 2004, 337-361.
- Haucap, Justus & Helmmar Schmidt, Kennzeichnungspflicht für genetisch veränderte Lebensmittel: Eine ökonomische Analyse, Nr. 114 (2002), erschienen in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 53, 2002, S. 287-316.
- Kruse, Jörn & Jörn Quitzau, Zentralvermarktung der Fernsehrechte an der Fußball-Bundesliga, Nr. 113 (2002), erschienen in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft zur Sportökonomie*, 2002, S. 63-82.
- Kruse, Jörn & Justus Haucap, Zuviel Wettbewerb in der Telekommunikation? Anmerkungen zum zweiten Sondergutachten der Monopolkommission, Nr. 112 (2002), erschienen in: *Wirtschaftsdienst* 82, 2002, S. 92-98.
- Bräuninger, Michael & Justus Haucap, What Economists Think of Their Journals and How They Use Them: Reputation and Relevance of Economics Journals, Nr. 111 (2002), erschienen in *Kyklos* 56, 2003, S. 175-197.
- Haucap, Justus, Telephone Number Allocation: A Property Rights Approach, Nr. 110 (2001), erschienen in: *European Journal of Law and Economics* 15, 2003, S. 91-109.
- Haucap, Justus & Roland Kirstein, Government Incentives when Pollution Permits are Durable Goods, Nr. 109 (2001), erschienen in: *Public Choice* 115, 2003, S. 163-183.
- Haucap, Justus, Konsum und soziale Beziehungen, Nr. 108 (2001), erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 52, 2001, S. 243-263.
- Bräuninger, Michael & Justus Haucap, Was Ökonomen lesen und schätzen: Ergebnisse einer Umfrage, Nr. 107 (2000), erschienen in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, 2001, S.185-210.
- Haucap, Justus, Uwe Pauly & Christian Wey, Collective Wage Setting When Wages Are Generally Binding: An Antitrust Perspective, Nr. 106 (2000), erschienen in: *International Review of Law and Economics* 21, 2001, S. 287-307.
- Haucap, Justus, Selective Price Cuts and Uniform Pricing Rules in Network Industries, Nr. 105 (2000), erschienen in: *Journal of Industry, Competition and Trade* 3, 2003, 269-291.
- Bräuninger, Michael, Unemployment Insurance, Wage Differentials and Unemployment, Nr. 104 (2000) erschienen in: *Finanzarchiv* 75, 2000, S. 485-501.
- Kruse, Jörn, Universaldienstlast etablierter Postunternehmen, Nr. 103 (2000) erschienen in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft* 3, 2002, S. 99-117.
- Kruse, Jörn, Sportveranstaltungen als Fernsehware, Nr. 102 (2000) erschienen in: Schellhaaß, Horst-Manfred (Hg.), *Sportveranstaltungen zwischen Liga- und Medien-Interessen*, Hofmann: Schorndorf 2000, S. 15-39.

Frühere Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Theoretische Volkswirtschaftslehre

- Bräuninger, Michael, Social Capital and Regional Mobility, Nr. 4/2002.

- Schäfer, Wolf, EU-Erweiterung: Anmerkungen zum Balassa-Samuelson-Effekt, Nr. 3/2002, erschienen in: Stefan Reitz (Hg.): *Theoretische und wirtschaftspolitische Aspekte der internationalen Integration*, Duncker & Humblot: Berlin 2003, S. 89-98.
- Bräuninger, Michael, The Budget Deficit, Public Debt and Endogenous Growth, Nr. 2/2002.
- Rösl, Gerhard, Die Umverteilung der Geldschöpfungsgewinne im Eurosystem: Das Earmarking-Verfahren seit dem 1.1.2002, Nr. 1/2002, als Kurzform erschienen in: *Wirtschaftsdienst* 82, 2002, S.352-356.
- Schniewindt, Sarah, Two-Way Competition in Local Telecommunication Networks, Nr. 2/2001.
- Reither, Franco, Optimal Monetary Policy when Output Persists: On the Equivalence of Optimal Control and Dynamic Programming, Nr. 1/2001.
- Schäfer, Wolf, MOEL-Wechselkursarrangements, Nr. 1/2000, erschienen in: Günther Engel & Peter Rühmann (Hg.): *Geldpolitik und Europäische Währungsunion*, Göttingen 2000, S. 217-228.
- Heppke, Kirsten, On the Existence of the Credit Channel in Poland, Nr. 8/1999.
- Bräuninger, Michael, Unemployment and International Lending and Borrowing in an Overlapping Generations Model, Nr. 8/1999.
- Henning, Andreas & Wolfgang Greiner, Organknappheit im Transplantationswesen - Lösungsansätze aus ökonomischer Sicht, Nr. 7/1999.
- Chung, Un-Chan, East Asian Economic Crisis - What is and What Ought to be Done: The Case of Korea, Nr. 6/1999, erschienen in: *Research in Asian Economic Studies* 10, 2002, S. 93-121.
- Carlberg, Michael, Europäische Währungsunion: Der neue Policy Mix, Nr. 5/1999, erschienen in *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)* 29(1), 2000, S. 8-13.
- Carlberg, Michael, European Monetary Union: The New Macroeconomics, Nr. 4/1999, erschienen in: Gerhard Rübel (Hg.), *Real and Monetary Issues of International Economic Integration*, Duncker & Humblot: Berlin 2000, S. 155-175.
- Bräuninger, Michael & J.-P. Vidal, Private versus Financing of Education and Endogenous Growth, Nr. 3/1999, erschienen in: *Journal of Population Economics* 13, 2000, S. 387-401.
- Reither, Franco, A Monetary Policy Strategy for the European Central Bank, Nr. 2/1999 erschienen in: Rolf Caesar & Hans-Eckart Scharrer (Hg.), *European Economic and Monetary Union: Regional and Global Challenges*, Nomos Verlag: Baden-Baden 2001, S. 213-226.
- Bräuninger, Michael, Wage Bargaining, Unemployment and Growth, Nr. 1/1999 erschienen in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 156, 2000, S. 646-660.

Frühere Diskussionsbeiträge zur Finanzwissenschaft

- Josten, Stefan, Crime, Inequality, and Economic Growth. A Classical Argument for Distributional Equality, 2002, erschienen in: *International Tax and Public Finance* 10, 2003, S. 435-452.

- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Thomas, Öffentliche Güter, natürliche Monopole und die Grenze marktlicher Versorgung, 2002, erschienen in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)* 32, 2003, S. 340-344.
- Holm-Müller, Karin & Klaus W. Zimmermann, Einige Anmerkungen zur Internalisierungsstrategie mit dem produktorientierten Konzept der Pigousteuer, 2002, erschienen in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 25, 2002, S. 415-420.
- Josten, Stefan, Nationale Schuldenpolitik in der EWU, 2002, erschienen in: *Wirtschaftsdienst* 82, 2002, S. 219-225.
- Hackmann, Johannes, Der Sonderabgabenbezug nach dem Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz, 2002, erschienen in: *Wirtschaftsdienst*, 82, 2002, S. 241-248.
- Josten, Stefan, Das Theorem der Staatsschuldneutralität. Eine kritisch-systematische Rekonstruktion, 2001, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 53, 2002, S. 180-209.
- Zimmermann, Klaus W., Komplikationen und Fallstricke in der Pigou-Analyse von Externalitäten, 2001, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 53, 2002, S. 245-267
- Josten, Stefan, National Debt in an Endogenous Growth Model, 2001, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 53, 2002, S. 107-123.
- Hackmann, Johannes, Vom Ehegattensplitting zum Partnerschaftssplitting?, 2001, erschienen in: Volker Arnold (Hg.), *Wirtschaftsethische Perspektiven VI*, Schriften des Vereins für Socialpolitik 228/VI, Ducker & Humblot: Berlin 2002, S. 189-222.
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, Politische Glaubwürdigkeit und der Euro: Eine verfassungsökonomische Perspektive, 2000, erschienen in: Fritz Söllner & Arno Wilfert (Hg.), *Die Zukunft des Steuer- und Sozialstaates*, Physica Verlag 2001, S. 373-397.
- Josten, Stefan, National Debt, Borrowing Constraints, and Human Capital Accumulation in an Endogenous Growth Model, 2000, erschienen in: *FinanzArchiv* 58, 2001, S. 317-338.
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, The Euro and Political Credibility in Germany, 2000, erschienen in: *Challenge* 44, 2001, S. 102-120
- Josten, Stefan, Public Debt Policy in an Endogenous Growth Model of Perpetual Youth, 1999, erschienen in *FinanzArchiv* 57, 2000, S. 197-215.
- Zimmermann, Klaus W., Internalisierung als Nirwana-Kriterium der Umweltpolitik, 1999, erschienen in: Kilian Bizer, Bodo Linscheidt & Achim Truger (Hg.), *Staatshandeln im Umweltschutz. Perspektiven einer institutionellen Umweltökonomik*, Duncker & Humblot: Berlin 2000.
- Hackmann, Johannes, Die unterlassene Besteuerung der Nutzungswerte selbstgenutzten Wohnungseigentums: Vergebene Reformpotentiale, 1999, erschienen in: R. Lüdeke, W. Scherf & W. Steden (Hg.), *Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik*, Festschrift für A. Oberhauser, Berlin 2000, S. 387-412.
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, Interest Groups, Referenda, and the Political Process: On the Efficiency of Direct Democracy, 1999, erschienen in: *Constitutional Political Economy* 11, 2000, S. 147-163.

- Josten, Stefan, Staatsverschuldung und Wirtschaftswachstum in einem Diamond-OLG-Modell mit AK-Technologie, 1999, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 51, 2000, S. 237-254.